

PolicyWorkingPapers 8 (2004)
WORKING PAPERS DES ARBEITSKREISES
POLICEY/POLIZEI IM VORMODERNEN EUROPA

Herausgegeben von
André Holenstein (Bern), Frank Konersmann (Bielefeld),
Josef Pauser (Wien) und Gerhard Sälter (Berlin)

Hanna Sonkajärvi

AUF DER SUCHE
NACH EINER „GUTEN POLICEY“
Städtische Normen und das Militär
in der freien Stadt Straßburg
im 18. Jahrhundert

2004

Zitiervorschlag:

Hanna Sonkajärvi, Auf der Suche nach einer „guten Policey“. Städtische Normen und das Militär in der freien Stadt Straßburg im 18. Jahrhundert (= *PoliceyWorkingPapers. Working Papers des Arbeitskreises Policey/Polizei in der Vormoderne 8*), 2004
[Online: <http://www.univie.ac.at/policy-ak/pwp/pwp_08.pdf>]

Autor:

Hanna Sonkajärvi, Florenz
Hanna.Sonkajarvi@IUE.it

Die ehemalige Reichsstadt Straßburg wurde nach ihrer Eroberung durch die französische Krone am 30. September 1681 zu einer wichtigen Garnisonsstadt.* Sieben- bis neuntausend Soldaten wurden in der Stadt stationiert, deren Einwohnerzahl als Folge der starken Zuwanderung zwischen 1681 und 1789 von etwa 22.000 auf 48.500 anstieg.¹ Die Soldaten, unter anderem Truppen französischer, schweizerischer, deutscher und irischer Herkunft, wurden sowohl in Kasernen als auch bei den Einwohnern untergebracht.

Die Eroberung bedeutete zunächst nicht den Verlust der alten reichsstädtischen Institutionen Straßburgs.² Vielmehr bestätigte der französische König die innerstädtische Rechtsordnung durch einen Kapitulationsvertrag. Diese Rechtsordnung basierte bis zur Französischen Revolution auf der Macht der Zünfte und auf einer scharfen rechtlichen Differenzierung zwischen Bürgern und Zugezogenen, die eine Trennung zwischen der Vergabe von Wohnrecht und politischen, ökonomischen und sozialen Rechten ermöglichte. Das städtische Normgefüge geriet jedoch zunehmend unter den Druck privilegierter französischer Zuwanderer, des Adels und der königlichen Beamten. Diese neuen „Fremden“ versuchten sich der Jurisdiktion des Rates zu entziehen und bemühten sich nur zum Teil um die Aufnahme in die Straßburger Zünfte und ins städtische Bürgerrecht.³

Die jeweiligen Befugnisse der städtischen und der königlichen Obrigkeiten mussten sowohl in bezug auf die Gerichtsbarkeit, wie anhand der polizeilichen und gerichtlichen Behandlung von Schmähungen und gewalttätigen Übergriffen deutlich wird, als auch hinsichtlich von steu-

* Der vorliegende Text ist eine leicht geänderte Fassung des Textes, der anlässlich des 6. Treffens des Arbeitskreises Policey/Polizei im vormodernen Europa am 19. Juni 2003 in Stuttgart-Hohenheim präsentiert wurde. Die Autorin bedankt sich für die anregende Diskussion und nützliche Hinweise bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

1 Simone HERRY, *Société militaire et société civile de langue française dans la ville libre et royale de Strasbourg à la fin du XVII^e siècle et au début du XVIII^e siècle d'après les registres paroissiaux, les registres de bourgeoisie et les actes notariés*, *Revue d'Alsace* 121 (1995), S. 341-351, hier S. 344; Suzanne DREYER-ROOS, *La population strasbourgeoise sous l'Ancien Régime*, Strasbourg 1969.

2 Zur Kapitulation von Straßburg, siehe Georges LIVET, *Du fer de lance au bouclier. La Capitulation de Strasbourg et ses vicissitudes (1681-1790)*, *Saisons d'Alsace* 75 (1981), S. 55-72; Christian de RENDINGER, *Conditions diplomatiques et militaires de l'union de Strasbourg à la France*, *Saisons d'Alsace* 75 (1981), S. 15-38; Bernard VOGLER, *Les conséquences de la Capitulation sur la vie politique à Strasbourg*, *Saisons d'Alsace* 75 (1981), S. 8-13. Zur städtischen Verfassung: Roland GANGHOFFER, *Aspects de l'ancien droit strasbourgeois*, *Saisons d'Alsace* 75 (1981), S. 39-54.

3 Alle Straßburger Bürger waren verpflichtet Mitglieder einer Zunft zu sein.

erlicher Begünstigung bestimmter Personengruppen erst ausgehandelt werden. Das Nebeneinander unterschiedlicher Regelungen und Interessen bot außerdem Raum für komplexe Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen in Straßburg stationierten Regimentern und dem Straßburger Magistrat.

Anhand einiger Beispiele soll im folgenden geklärt werden, mit welchen Argumenten sich die jeweiligen Parteien durchzusetzen versuchten und inwieweit andere königliche Instanzen in diese Streitigkeiten mit einbezogen wurden. Wie wurde seitens des Magistrats versucht, die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und der Garnison zu regeln und was für ein Bild des Militärs entstand dabei? Schließlich soll die Frage geklärt werden, wie sich die städtische Jurisdiktion zu den Justizprivilegien ausländischer Söldner im Dienste des Königs verhielt – im folgenden erläutert am Beispiel der Auseinandersetzungen zwischen Rat und Schweizer Regimentern. Das Exempel schweizerischer Bedienstete des Adels zeigt, daß die Policy-Hoheit des Magistrats sowohl vom Militär als auch vom Adel dauerhaft in Frage gestellt werden konnte.

Die Geschichte des Polizei- und Justizwesens und auch die des Militärs in Straßburg sind wenig erforscht. Dies liegt vor allem daran, daß die meisten Justizakten im Deutsch-Französischen Krieg 1870 zerstört worden sind.⁴ Einzelne Dokumente können noch in den Archiven des *Préteur royal*⁵ gefunden werden. Die Auswirkungen der militärischen Präsenz in diesem Zeitraum sind erstaunlich wenig erforscht worden, bedenkt man, wie groß die Anzahl der in Straßburg stationierten Soldaten war. Den umfassendsten Überblick gibt die im Jahr 1901 erschiene-

4 Für das 17. Jahrhundert vergleiche die größtenteils auf Chroniken basierende Arbeit von: Rodolphe REUSS, *La justice criminelle et la police des mœurs à Strasbourg au XVI^e et au XVII^e siècle, causeries historiques*, Strasbourg 1884. Siehe auch den Artikel von Georges LIVET, Une enquête à ouvrir: justice, police et délinquance dans les villes d'Alsace sous l'Ancien Régime, *Annales de l'Est* 48 (1998), S. 361-381, der zwar den Forschungsstand skizziert, jedoch auf präzise Literaturangaben verzichtet.

5 Der *Préteur royal* hatte die Aufgabe, an allen Ratssitzungen teilzunehmen und die Entscheidungsprozesse in der Stadtregierung im Interesse des Königs zu beeinflussen. Er korrespondierte direkt mit dem *Secrétaire d'Etat de la Guerre* und avancierte in der Praxis zum mächtigsten Mann der Stadt. Vgl. Paul GRESSLER, Le Préteur royal son rôle dans les premières années de la ville Royale de Strasbourg, *Saisons d'Alsace* 75 (1981), S. 73-81; Albert METZENTHIN, *Ulrich Obrecht und die Anfänge der französischen Prätur in Straßburg (1684 - 1701)*, Straßburg 1913; Ingeborg STREITBERGER, *Der Königliche Prätor von Straßburg, 1685-1789*, Wiesbaden 1961.

ne Studie von Karl Engel.⁶ Das Nebeneinander französischer Zuwanderer und Stadtbürger wurde von Simone Herry lediglich für die ersten beiden Jahrzehnte französischer Herrschaft (1681-1702) systematisch untersucht.⁷ Zum Bau von Kasernen, der in den Archiven gut dokumentiert ist, existieren neben den Arbeiten von Engel einige Aufsätze.⁸ Schwierig gestaltet sich dagegen die Suche nach alltäglichen, nicht in den Archivinventaren aufgelisteten Aspekten, wie z. B. Konflikten, die aus der Berufstätigkeit von Militärangehörigen im zivilen Sektor entstanden.⁹

Im folgenden sollen zunächst städtische Maßnahmen zur Kontrolle des Militärs betrachtet werden. Anschließend werden Grenzen der städtischen Handlungsmöglichkeiten am Beispiel der eidgenössischen Soldaten veranschaulicht. Diese Beispiele sollen verdeutlichen, daß Polizei und Militär nicht losgelöst von dem jeweiligen spezifischen, städtischen Kontext betrachtet werden können. Der Soldat erscheint damit keineswegs als Fremdkörper innerhalb der städtischen Gesellschaft, sondern nimmt seinerseits durch die Interaktion mit anderen Bevölkerungsgruppen Einfluß auf die Gestaltung von gesellschaftlichen Normen.¹⁰

-
- 6 Karl ENGEL, *Strassburg als Garnisonstadt unter dem Ancien Régime*, Straßburg, 1901. Vgl. auch die Aufsätze von: Karl ENGEL, Der Regimentsstab des Deutschen Infanterie-Regiments Elsass, *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 54 (1900), S. 66-92; Fritz JAFFÉ, Militärwesen im Bourbonischen Elsaß, *Elsass-Lothringisches Jahrbuch* 12 (1933), S. 149-194; Paul MARTIN, Le Régiment d'Alsace (Unité allemande au service de la France de 1656 à 1794), *L'Essor* 74 (1969), S. 7-20.
 - 7 Simone HERRY, *Une ville en mutation. Strasbourg au tournant du Grand siècle, Société militaire et société civile de langue française dans la ville libre et royale de Strasbourg d'après les registres paroissiaux, les registres de bourgeoisie et les actes notariés (1681-1802)*, Strasbourg 1996.
 - 8 Georges LIVET, Urbanisme et vie militaire. Note concernant la construction des casernes à Strasbourg sous l'Ancien Régime, *Cahiers alsaciens d'archéologie, d'art et d'histoire (Hommage à Hans Haug)* 11 (1967), S. 179-190; Georges LIVET, Esprit militaire et société provinciale sous l'Ancien Régime. Le cas d'une province frontalière: l'Alsace, in: *Le soldat, la stratégie, la mort. Mélanges André Corvisier*, Paris 1989, S. 220-241; Karl ENGEL, Strassburgs Garnison während des siebenjährigen Krieges, *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 56 (1902), S. 142-161. Vgl. auch Lionel DUMARCHE, La caserne en France au XVIII^e siècle: genèse d'un instrument du pouvoir, *Revue historique des Armées* 154 (1984), S. 55-62 und S. 118-119.
 - 9 Hierzu konnten bislang nur vereinzelte Hinweise gefunden werden: Archives Municipales de Strasbourg [im folgenden AMS], AA 2064 n° 8; Archives départementales du Bas-Rhin, Straßburg, [im folgenden ADBR], C 543 n° 113; C 580 n° 36 sowie C 583 n° 156.
 - 10 Vgl. zur aktuellen Forschungsstand Bernhard R. KROENER, Militär in der Gesellschaft. Aspekte einer neuen Militärgeschichte der Frühen Neuzeit, in: Thomas KÜHNE, Ben-

1. Städtische Maßnahmen zur Kontrolle des Militärs

Die Polizei der Frühen Neuzeit war im Politikfeld der *Policey*, der innenpolitischen Sorge um das Gemeinwohl, angesiedelt. Ihre Zuständigkeitsbereiche waren weit gefächert und umfaßten unter anderem Regelungen zu Religion, Moral, Gesundheitswesen, Ernährung, städtischer Infrastruktur, Sicherheit und Ordnung, Wissenschaft, Handel, Gewerbe und Armenwesen. Von der Justiz unterschied sich die *Policey* vor allem durch ihren präventiven Charakter, wobei die Grenzen zwischen den jeweiligen Kompetenzbereichen fließend waren.¹¹ In der Stadt Straßburg wurde das Monopol des Magistrats über die *Policey*¹² im 18. Jahrhundert von der *Directoire de la noblesse de la Basse Alsace*¹³, dem in Colmar ansässigen Obergericht der *Conseil souverain d'Alsace*¹⁴, der berittenen militärischen Polizei (*maréchaussée*) und der Armee beschnitten.

Für die Stadt ging es bei der Aufrechterhaltung „guter *Policey*“ vor allem um die Bewahrung öffentlicher Ordnung und die Kontrolle von

jamin ZIEMANN (Hrsg.), *Was ist Militärgeschichte?*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2000, S. 283-300.

- 11 Wolfgang REINHARD, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 363. Zum Begriff der Polizei im Frankreich des Ancien Régime, vgl. Bernard DURAND, La notion de la Police en France du XVI^e au XVIII^e siècle, in: Michael STOLLEIS (Hrsg.), *Policey im Europa der Frühen Neuzeit*, Frankfurt a.M. 1996, S. 163-211; Paolo NAPOLI, Police: La conceptualisation d'un modèle juridico-politique sous l'Ancien Régime, *Droits* 20 (1994), S. 183-196, und 21 (1995), S. 151-160.
- 12 Zur Zusammensetzung des Magistrats, vgl. Paul GRESSLER, Le patriciat urbain à Strasbourg, 1650-1750: Étude politique et sociale du Magistrat, *Revue d'Alsace* 112 (1986), S. 332-335; ders., *La Classe politique dirigeante à Strasbourg, 1650-1750*, Strasbourg 1987.
- 13 Vgl. Erich PELZER, *Der elsässische Adel im Spätfeudalismus: Tradition und Wandel einer regionalen Elite zwischen dem westfälischen Frieden und der Revolution (1648-1790)*, München 1990. Solche Konflikte finden sich u.a. in: AMS, AA 2398, n° 7, Grand mémoire du Magistrat contre le directoire au sujet de l'exercice de la police aux nobles domiciliés à Strasbourg, s.d. [Anfang der 1730er Jahre], und VI 626, Contestations entre le Magistrat et le Directoire de la noblesse au sujet des droits de juridiction, 1738-1764. Eine besondere Spannung in den Beziehungen zwischen dem Rat und der Reichsritterschaft entstand, weil es eine Anzahl von adligen Stadtbürgern, Constoffler genannt, gab, die Teil des Patriziats waren und damit städtische Ämter bekleideten. Dagegen entzogen sich die Mitglieder der Reichsritterschaft sowie die königlichen Beamte und Offiziere der städtischen Justiz.
- 14 Vgl. François BURCKARD, *Le Conseil souverain d'Alsace au XVIII^e siècle: représentant du roi et défenseur de la province*, Strasbourg 1995.

Stadtfremden.¹⁵ Im Ancien Régime konnten Stadt und Staat unterschiedliche Definitionen für Fremde (*étranger*) zugrunde legen. Zumindest in einem Teil der im 17. Jahrhundert eroberten elsässischen, lothringischen und flämischen Städte blieb das Stadtbürgerrecht bis zur Französischen Revolution ein zentrales Kriterium der Ausgrenzung von (Stadt-)Fremden und diente zugleich der innerstädtischen sozialen Differenzierung. Der Staat verstand dagegen unter „étranger“ Personen, die nicht innerhalb der Staatsgrenzen geboren waren und die erbrechtlich als „aubains“ benachteiligt wurden. Sowohl die Franzosen als auch die Soldaten, die nach 1681 in die Stadt kamen, waren aus der Sicht der Stadt Fremde und damit potentielle Ruhestörer. Diese Wahrnehmung wurde dadurch verstärkt, daß dieselben Einheiten äußerst selten mehr als zwei Jahre in der gleichen Garnison verweilten.¹⁶

Die Präsenz von Tausenden fremder Soldaten stellte nicht nur eine Gefahr für die Justizhoheit der Stadt dar, sondern bedrohte auch die gesamte städtische Ordnung: wenn die Soldaten nach Ablauf ihrer Dienstzeit Berufe ausübten und damit das Monopol der Zünfte in Frage stellten oder wenn sie und ihre Angehörigen dem städtischen Versorgungssystem zur Last zu fallen drohten. So wurde z.B. im Jahre 1697 vorgeschlagen, die Kosten für das *hôpital* dadurch zu senken, daß alle Frauen der nicht in Straßburg stationierten eidgenössischen und irischen Soldaten gleich nach der Entbindung auszuweisen seien.¹⁷

15 Vgl. Catherine CLEMENS-DENYS, Les transformations du contrôle des étrangers dans les villes de la frontière du Nord, 1667-1789, in: Marie-Claude BLANC-CHALEARD et al. (Hrsg.), *Police et Migrants: France, 1667-1939*, Rennes 2001, S. 207-218. Laut Autorin bezog sich der Begriff „étranger“ viel mehr auf die Stadt als auf die Landesgrenze. Vgl. auch Michael Sikoras Artikel über Söldner, der in deren Fremdheit eine mögliche Teilerklärung für ihr Gewaltpotential sieht: Michael SIKORA, Söldner – historische Annäherung an einen Kriegstypus, *Geschichte und Gesellschaft* 29 (2003), S. 210-238, hier S. 223-224.

16 André CORVISIER, Le pouvoir militaire et les villes, in: Georges LIVET, Bernard VOGLER (Hrsg.), *Pouvoir, ville et société en Europe 1650-1750*, Paris 1983, S. 11-20, hier S. 19. Engel präsentiert einige statistische Angaben zu den in Straßburg stationierten Regimentern. Die Regimenter werden jahresweise aufgelistet mit ihrem Stationierungsort und mit ihrer ungefähren Stärke, siehe ENGEL, *Strassburg als Garnisonstadt*, S. 104-133.

17 AMS, II 67, n° 21, Mémoires relatifs à l'administration déficitaire de l'hôpital due en grande partie au doublement des malades et aux immenses coupes de bois, 1697. Der Einlaß von Frauen in den Gaststädten wurde 1764 wegen Prostitution verboten: AMS, VI 721, n° 63, Interdiction des danses dans les cabarets et brasseries, le 24 juillet 1764 [gedruckt auf französisch und deutsch]. Zum Forschungsstand der Geschlechtergeschichte bezüglich der Militärgeschichte der Frühen Neuzeit vgl. Karen HAGEMANN, Militär, Krieg und Geschlechterverhältnisse. Untersuchungen, Überlegungen

Das Verhältnis von Militärpersonen zu Einwohnern gestaltete sich im Alltag nicht einfach.¹⁸ Schmähungen, Diskriminierungen und mehr oder weniger gewalttätige Übergriffe verdeutlichen, wie durch wechselseitige Zuschreibungen die jeweiligen Zugehörigkeiten wahrgenommen und festgelegt wurden. Eine spürbare Belastung für die Bürger stellte zudem die Einquartierung der Soldaten dar. Neben dem Bau der Kasernen zahlte die Stadt für die Lieferung von Betten und Brennholz sowie für die Unterbringung von Kommandanten. Auch Ehen zwischen einigen schweizerischen Offizieren und Stadtbürgerinnen wurden in den 1750er Jahren vom Rat nicht mit Wohlwollen betrachtet, denn die Offiziere konnten sich durch Heirat Immobilien aneignen, für die sie aber keine Steuern zahlen mußten:

*„Les officiers suisses qui s’y établissent ne peuvent acquérir des biens fonds ou des maisons par eux-mêmes; les anciens règlements confirmés par la capitulation de 1681, et toujours maintenus y interdisant l’acquisition à d’autres qu’à des bourgeois, l’exception des règlements, et usage n’a été accordé par le Roy, qu’à la noblesse de la Basse Alsace [...]. Cependant les officiers suisses épousant des filles bourgeoises, à qui il appartient de ces sortes de biens, acquièrent ainsi, du moins la jouissance de ces mêmes biens fonds et prétendent qu’ils doivent jouir des franchises attribuées à leurs personnes“.*¹⁹

Ein königliches Gesetz verfügte 1767, daß der Rat weder *vingtième* noch *capitation* von den eidgenössischen Militärs verlangen durfte, die keine weiteren Einkommen als ihren Arbeitslohn oder eine Pension hatten. In der Praxis konnten allerdings nur wenige Offiziere, die Straßburger Bürgerinnen geheiratet hatten, von diesem Privileg profitieren.²⁰

und Fragen zur Militärgeschichte der Frühen Neuzeit, in: Ralf PRÖVE (Hrsg.), *Klio in Uniform?: Probleme und Perspektiven einer modernen Militärgeschichte der Frühen Neuzeit*, Köln/Weimar/Wien, Böhlau, 1997, S. 35-87.

18 Für einen Vergleich mit Lille und den dortigen Verhältnissen zwischen Soldaten und Bevölkerung, siehe Alain LOTTIN, *Vie et mentalité d’un Lillois sous Louis XIV*, Lille 1968, besonders S. 171-178 und 345-368.

19 AMS, AA 2616, *Mémoire sur la prétention des officiers suisses à des exemptions de charges et d’impôts*, 1765.

20 Diese Vorteile galten nur für Personen schweizerischer Abstammung. Elsässer, die sich einem Schweizer Kanton angeschlossen hatten, sollten keinerlei Privilegien ökonomischer oder rechtlicher Natur erhalten, AMS, AA 2616.

Die Einquartierung der Soldaten in den Wohnungen der Bürger war nicht nur eine Quelle für Konflikte²¹, sondern sie wurde auch als ein wichtiges Mittel zur Kontrolle der Soldaten verstanden und eingesetzt.²² So wurde 1763 den Bürgern und Schirmbürgern²³ der Stadt vom Polizeigericht unter Strafandrohung befohlen, zu melden, wenn die bei ihnen untergebrachten Soldaten abends nicht zurückkehrten. Diese Vergehen sollten dem städtischen *procureur fiscal* und nicht dem *état major de la place* gemeldet werden.²⁴ Solche Verordnungen dienten offensichtlich auch der Selbstbehauptung der städtischen Policy gegenüber dem *état major de la place* und der Unterstreichung der eigenen Kompetenzen.²⁵

Bei der polizeilichen und gerichtlichen Behandlung von Schmähungen und gewalttätigen Übergriffen zwischen Soldaten der Garnison

21 AMS, AA 2140, n° 5, Lettres et mémoire relatif aux plaintes qui ont été faites contre le magistrat par les officiers de la garnison au sujet de leur logement chez les bourgeois, 1719.

22 Vgl. Ralf PRÖVE, Herrschaftssicherung nach „innen“ und „außen“: Funktionalität und Reichweite obrigkeitlichen Ordnungsstrebens am Beispiel der Festung Göttingen, *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 51 (1992), S. 297-315; ders., Der Soldat in der „guten Bürgerstube“. Das frühneuzeitliche Einquartierungssystem und die sozioökonomischen Folgen, in: Bernhard R. KROENER, Ralf PRÖVE (Hrsg.), *Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der frühen Neuzeit*, Paderborn, Schöningh, 1996, S. 191-217.

23 Die Einwohnerschaft Straßburgs bestand bis 1789 aus Bürgern, Schirmbürgern und Fremden. Schirmbürger genossen gegen die Bezahlung von Schirmgeld städtische Protektion, besaßen jedoch keine Bürgerrechte.

24 AMS, VI 721, n° 45, Ordonnance enjoignant aux personnes qui logent des soldats de dénoncer ceux qui contreviennent à la discipline militaire, le 12 septembre 1763 [gedruckt auf französisch und deutsch].

25 Vgl. Jürgen SCHLUMBOHM, Gesetze die nicht durchgesetzt werden – ein Strukturmerkmal des frühneuzeitlichen Staates?, *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 647-663. Die Gefahr der Annexion durch Frankreich trug in Straßburg zu einer republikanischen Bewußtseinsbildung bei. Anders als Mülhausen gelang es Straßburg nicht, als zugewandter Ort der Eidgenossenschaft die völkerrechtliche Anerkennung als souveräne Republik zu erhalten. Die in der Kapitulation garantierte Beibehaltung der alten Rechte und Institutionen wurde nach der Eroberung seitens des Rats immer mit der reichsstädtischen Tradition der territorialen Souveränität des Magistrats begründet. Vgl. Heinz SCHILLING, Gab es im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit in Deutschland einen städtischen „Republikanismus“?. Zur politischen Kultur des alt-europäischen Stadtbürgertums, in: Helmut G. KOENIGSBERGER (Hrsg.), *Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit*, München 1988, S. 101-143; Christian WINDLER, Die Souveränität, die uns der Schweizerbund gibt. Reichsstädtisches Freiheitsbewusstsein, Republikanismus und eidgenössisches Bündnis in Mülhausen, in: Wolfgang KAISER, Claudius SIEBER, Christian WINDLER (Hrsg.), *Eidgenössische „Grenzfälle“: Mülhausen und Genf/ En marge de la Confédération: Mulhouse et Genève*, Basel 2001, S. 331-362.

und Stadtbürgern beanspruchte der städtische Magistrat die Zuständigkeit. Er versuchte jedoch, den in diesem Anspruch angelegten Konflikt mit den militärischen Behörden zu entschärfen, indem er den *Secrétaire d'Etat de la Guerre* sorgfältig informierte und um dessen Unterstützung warb. Der Rat und der *procureur fiscal* wendeten sich zunächst an den jeweiligen Regimentskommandanten. Falls diese sich weigerten, die Schuldigen an die städtische Justiz auszuliefern, wendete sich der Rat, normalerweise mittels des *Préteur royal*, an den Kriegsminister.²⁶ Als der Rat im Jahre 1740 ein Verfahren gegen einen Offizier einleitete, der einen anderen Offizier im Duell getötet hatte, erhielt er eine Zuweisung des Kriegsministers de Breteuil. Nach dessen Ansicht gehörte die Sache, da es sich um einen Vorfall zwischen zwei Militärs handelte, zum Kompetenzbereich des *conseil de guerre* und der Rat habe das Verfahren sofort abubrechen.²⁷

Obwohl alle Regimenter eine eigene Militärgerichtsbarkeit besaßen, scheint es nur den eidgenössischen Regimentern gelungen zu sein, gegenüber dem Rat ihren Anspruch einer eigenständigen Jurisdiktion durchzusetzen, wenn es sich um Fälle handelte, in denen Soldaten wegen Verbrechen an Einwohnern beschuldigt wurden.²⁸ In Fällen, in denen Mitglieder eidgenössischer Truppen, die aber nicht schweizerischer Abstammung waren, in Verbrechen gegen Einwohner der Stadt verwickelt waren, wurde durchaus unterschiedlich verfahren. Die Stadt bestand hier auf ihrem Recht, die Schuldigen selbst zu verurteilen. Dies geschah beispielsweise im Fall eines Elsässischen Mitglieds des Regiments Salis im Jahr 1758, der der Gotteslästerung in der Kathedrale beschuldigt wurde²⁹, und im Falle eines aus Biberach in Nassau-Usingen stammenden Soldaten, der 1777 mit dem Säbel eine Stadtbürgerin verletzt hatte.³⁰ Im letzteren Fall verweigerte der Kommandant

26 AMS, VI 644, n° 7 und AA 2396.

27 AMS, VI 644, n° 7, Pièces concernant l'instruction du procès contre le sieur de Regemorte qui avait tué dans une rencontre le sieur de Barilly, capitaine au régiment de Piémont, 1740; zu Verbrechen durch Militärangehörige vgl. neben den Hinweisen bei HERRY, *Une ville en mutation*, Elisabeth SABLAYROLLES, *Recherches sur la pauvreté, l'assistance et la marginalité en Alsace sous l'Ancien Régime*, unveröffentlichte Dissertation, Université de Strasbourg II, Bd. 2, S. 499-512.

28 Zur Jurisdiktion der schweizerischen Regimenter, vgl. Ghougas SALERIAN-SAUGY, *La Justice militaire des troupes suisses sous l'Ancien Régime*, Lausanne 1927.

29 AMS, VI 644, n° 7, 1758. Pièce relativement au conflit entre le magistrat et la justice militaire des Suisses à l'occasion du crime de profanation commis par un soldat du régiment de Salis; sowie ADBR, C 543 n° 67-70.

30 AMS, VI 644, n° 7, Pièces concernant le sollicite de juridiction criminelle qui s'est élevée entre le régiment suisse de Salis et le Magistrat, au sujet d'un soldat du dit régi-

des Regiments Salis, Hartmanis, die Auslieferung des Schuldigen mit der Begründung, daß dieser kein Untertan des Königs sei und daß er der Juridiktion schweizerischer Regimenter unterliege:

*„Ce grenadier quelque puisse être son délit n’est point dans le cas d’être réclamé par le Magistrat de Strasbourg, n’étant pas sujet du Roy, et encore s’il l’était, faudrait-il que sa majesté jugeât à propos de le réclamer pour le faire juger par un tribunal du royaume. Non seulement les Suisses nationaux, mais les étrangers qui composent nos régiments sont nos justiciables et indépendants de tout autre tribunal“.*³¹

Es gab aber auch Fälle von Kooperation zwischen den städtischen Behörden und dem Militär. 1781 wurde ein Jude namens Meyer Bloch vom Straßburger Polizeigericht zu einer Geldstrafe von fünfhundert Livres verurteilt, weil er drei Paar Hosen von einem Soldaten des *Régiment de la Reine* gekauft hatte. Denn der Magistrat hatte im Jahre 1687 jeglichen Handel mit den Soldaten in den Kasernen verboten, wenn keine schriftliche Erlaubnis vom Kommandanten vorlag. Dies sollte einerseits das Hausieren erschweren und andererseits die Anreize zur Desertion vermindern. Interessant ist hier, dass der *procureur du Roi* der *maréchaussée* aus der Angelegenheit herausgehalten wurde, weil Armeeeoffiziere den Fall an die städtische Justiz gemeldet hatten. Meyer Bloch wurde in der Kaserne vom Militär festgenommen und zum regierenden Stettmeister gebracht, der ihn daraufhin verhaftete und an das städtische Polizeigericht zur Verurteilung überstellte.³²

Das Bild des Militärs, das durch die Untersuchung der Archivbestände entsteht, erscheint äußerst negativ. War der Soldat nicht kriminell, so bedrohte er die öffentliche Ordnung und belastete die Stadtfinanzen. Dies liegt teilweise am Quellenmaterial, da sich hier nur Verordnungen und auffälliges Benehmen verschriftlicht finden.³³

Der im folgenden beschriebene Fall der schweizerischen Privilegien beleuchtet nicht nur die Grenzen der städtischen Mittel zur Aufrecht-

ment au garnison à Strasbourg, natif de Biberic Principauté de Nassau Usingue, qui a blessé d’un coup de sabre la belle fille d’une bourgeoisie de cette ville, 1777.

31 Ibid.

32 AMS, AA 2401, n° 1, Affaire du nommé Mayer Bloch, condamné par la chambre de police dans une amende de 500 livres, pour avoir acheté trois paires de culottes d’un soldat du Régiment de la Reine. Es wird aus den Quellen nicht ersichtlich, ob die Behörden dieses Vergehen besonders eifrig verfolgten, weil es sich beim Beschuldigten um einen Juden handelte. Ähnliche Prozesse waren zuvor auch gegen Bürger geführt worden, z.B. im Jahre 1776 und 1777, ADBR, C583 n° 174 und n° 175.

33 Dieses negative Bild wird vor allem durch ENGEL, *Strassburg als Garnisonstadt*, vertreten. Dasselbe gilt für die Darstellung zu Lille von LOTTIN, *Vie et mentalité d’un Lillois*.

erhaltung der öffentlichen Ordnung, sondern zeigt auch, daß die Rolle der Armee in der Stadt durchaus komplexer war. So wie die Beziehungen zwischen den Militärs und der Bevölkerung sich nicht nur durch Konflikte auszeichneten, hatte die städtische Polizei noch mit anderen Akteuren als nur den jeweiligen Regimentskommandanten zu verhandeln, wenn es um die Kontrolle und Disziplinierung des Militärs ging.

2. Grenzen der städtischen Policey: Das Problem der schweizerischen Privilegien

Die Korrespondenz des *Préteur royal* und die Akten der Stadtkanzlei zeugen ebenfalls von Konflikten, die wegen der Anwendung französischer, im Widerspruch zu den städtischen Regelungen stehender Privilegien zugunsten bestimmter Gruppen von Ausländern entstanden. So wollten beispielsweise Schweizer unter Berufung auf die Privilegien der Sold- und Allianzverträge Wein verkaufen, ohne das städtische Umgeld (eine Konsumsteuer) zu bezahlen. Hier erwiesen sich die Interventionsmöglichkeiten der städtischen Behörden als begrenzt.

Im Jahr 1716 – und erneut 1752 – richteten der Straßburger Stadtrat und der *Préteur royal* an den Intendanten des Elsaß und dann an den Kriegsminister die Bitte, keine Schweizer Truppen in Straßburg zu stationieren.³⁴ Die Präsenz dieser Einheiten würde eine deutliche Verminderung der städtischen Einkünfte bedeuten.³⁵

Der Intendant des Elsaß, d'Angervilliers, wurde 1716 über die Probleme informiert, die bei der Stationierung der Schweizer Regimenter in Straßburg zu erwarten waren. Bis dahin waren in der Stadt keine eidgenössischen Truppen kaserniert gewesen. Die königliche Verwaltung hatte vielmehr auf Truppen aus Piemont, Lyon, Normandie und Irland zurückgegriffen, die ihr weniger anfällig als die deutschsprachigen Einheiten erschienen, sich mit der lokalen Bevölkerung zu solidarisieren. Als nun Schweizer Truppen in Straßburg und Landau stationiert werden sollten, protestierten die Magistrate beider Städte gegen die

34 AMS, AA 2616, Lettre de M. le préteur à M. le comte d'Argenson, pour demander que le régiment de Jenner ne vienne point à Strasbourg, juin 1752; Louis SPACH (Hrsg.), *Lettres écrites à la Cour par d'Angervilliers, intendant d'Alsace (1716-1724)*, *Bulletin de la société pour la conservation des monuments historiques d'Alsace*, 1878, S. 19-23; d'Angervilliers à M. de Puysegur, lieutenant général et conseiller au Conseil de la guerre, le 2 juillet 1716.

35 AMS, AA 2616, Lettre de M. le préteur à M. le comte d'Argenson, pour demander que le régiment de Jenner ne vienne point à Strasbourg, juin 1752.

Privilegien, die die Schweizer vom französischen König erhalten hatten.³⁶ Diese bestanden unter anderem im Recht, Wein zu verkaufen, ohne das Umgeld, eine für die städtischen Finanzen extrem bedeutende Konsumsteuer, an den Rat zu zahlen.³⁷ Der Rat beklagte, er sei „bedroht“, schweizerische Bataillone in der Garnison akzeptieren zu müssen.³⁸ In seiner Argumentation gegen den Weinverkauf und den Erlaß des Umgelds bezog sich der Magistrat auf den Artikel II des Kapitula-

36 Die ersten schweizerischen Söldner traten in Diensten des französischen Königs als Folge einer militärischen Niederlage in St. Jakob an der Birs bei Basel, die 1453 zum Abschluß eines *Traité d'alliance et de bonne et perpétuelle amitié* mit Frankreich führte. Als Gegenleistung für diesen Dienst erhielten Schweizer Kaufleute weitgehende Handelsprivilegien in Frankreich, so daß sie sogar gegenüber den meisten Franzosen im Vorteil waren. Denn jeder Schweizer durfte sich in Frankreich frei bewegen und Handel betreiben. Im Gegensatz zu nichtprivilegierten Ausländern konnten sie Immobilien erwerben und Eigentum vererben, sie unterlagen also nicht dem königlichen *droit d'aubaine*. Schweizer Waren erhielten Steuerbegünstigungen und die Schweizer genossen eine Befreiung von der *taille*. Die Schweizer Söldner hatten ihre eigenen Regimenter, eine eigene Rechtsprechung – die Militäreinheiten waren jeweils dem eigenen Kantonalrecht unterstellt – und die Möglichkeit zu freier Religionsausübung. Vgl. André CORVISIER, *Une armée dans l'armée: Les Suisses au service de France*, in: *Cinq siècles de relations franco-suisses. Hommage à Louis-Edouard Roulet*, Neuchâtel 1984, S. 87-98; Norbert FURRER et al. (Hrsg.), *Gente ferocissima. Solddienst und Gesellschaft in der Schweiz (15.-19. Jahrhundert)*. Festschrift für Alain Dubois, Lausanne/Zürich 1997; Georges LIVET, *Croissance économique et privilèges commerciaux des Suisses sous l'Ancien Régime. Notes sur les commerçants suisses établis en France au XVIIIe siècle*, in: *Lyon et l'Europe. Hommes et sociétés. Mélanges d'histoire offerts à Richard Gascon*, Lyon, 1980, S. 43-63; Alain-Jacques TORNARE, *Vaudois et Confédérés au service de France 1789-1798*, Yens sur Morgens 1998, vor allem S. 10-16, und die Thèse vom selben Autor, *Les troupes suisses capitulées et les relations franco-hélvétiques à la fin du XVIIIe siècle*, o.O., 1996, 2 Bde. Zur Religionsausübung vgl. Alain-Jacques TORNARE, *L'exercice de la religion protestante parmi les troupes suisses dans la France de l'Ancien Régime*, in: *Actes du colloque de Chantilly: Pratiques religieuses dans l'Europe révolutionnaire (1770-1820)*, 27-29 novembre 1986, 1988, S. 140-147; Jean VERCIER, *Les régiments suisses de la garnison de Nîmes et leurs relations avec la population protestante (1818-1830)*, *Bulletin de la Société de l'Histoire du Protestantisme Français* 123 (1977), S. 218-248.

37 Das Umgeld von Wein, Bier und Getreide brachte der Stadt im Jahre 1685 170 000 livres bei Gesamteinnahmen von 606 350 livres. Siehe Peter HERTNER, *Stadtwirtschaft zwischen Reich und Frankreich. Wirtschaft und Gesellschaft Straßburgs 1650-1714*, Köln/Wien 1973, S. 387 und Georges LIVET, *Finances municipales et souveraineté royale: le cas de la ville de Strasbourg*, in: Georges LIVET, Bernard VOGLER (Hrsg.), *Pouvoir, ville et société en Europe 1650-1750*, Paris 1983, S. 105-124.

38 „Nous sommes menacés d'avoir icy deux bataillons suisses en garnison, et que ces troupes y jouiront de certaines franchises que le feu Roy de très glorieuse mémoire et les Roys ses prédécesseurs ont accordés à la nation“, AMS, AA 2616, *Mémoire du Magistrat pour protester contre l'exemption prétendue par les suisses avec pièces à l'appui*. Représentations adressées au ministre, 1716.

tionsvertrags, wonach der französische König alle ehemaligen Privilegien und Rechte der Stadt betätigt habe.³⁹ Zudem, so der Rat, hätten während der 35 Jahre, während derer die Stadt zu Frankreich gehörte, mehrere eidgenössische Truppen vorübergehend in der Stadt verweilt, ohne jemals Sonderrechte beansprucht zu haben.

Nach Ansicht des Rats waren also alle Schweizer in der Stadt gleich zu behandeln, und sie hätten traditionell dieselben Pflichten wie alle Bürger und Schirmbürger der Stadt:

*„La capitulation avec la nation suisse ou les franchises qui y sont stipulées et promises, ne regardent pas seulement les troupes [...], mais sont communes à toute la nation généralement. Il y a cependant trois cent soixante sept chefs de famille de la même nation dans la ville de Strasbourg qui de tout temps ont payé tous les droits de ladite ville sur les bleds, les vins, les boissons et la viande et autres, généralement sans aucune rescue, exception ny différence des autres bourgeois et manants de ladite ville [...]“.*⁴⁰

Der Rat befürchtete nicht nur finanzielle Einbußen, sondern auch, daß er sich in Konfliktfällen an die Regimentsjurisdiktion wenden müsse, womit eine starke Beeinträchtigung der eigenen juristischen Sanktionsmöglichkeiten verbunden gewesen wäre.⁴¹

Die Frage der Stationierung der schweizerischen Truppen wurde vom Intendanten d'Angervilliers in einem Brief an Puységur, *lieutenant général et conseiller au Conseil de la guerre*, aufgegriffen. D'Angervilliers schreibt am 2. Juli 1716, daß die Berufung des Rats auf die Kapitulationsverträge inakzeptabel sei, da der Kaiser und die österreichische Monarchie die Stadt Straßburg dem französischen König in den Verträgen von Ryswick ausgehändigt hatten.⁴² Folglich habe die Stadt Straßburg kein Recht, Steuern für die von den schweizerischen Soldaten verbrauchten Lebensmittel zu beziehen. Der Rat könne höchstens versuchen, den Verkauf zu begrenzen, etwa indem die Schweizer nur ein-

39 „Sa majesté confirmera tous les anciens privilèges, droits, statuts & coutumes de la ville de Strasbourg, tant ecclésiastiques que politiques“, AMS, AA 2118, Capitulation accordée à la ville de Strasbourg par Louis XIV, 30 septembre 1681. Der Vertrag ist abgedruckt in François Henri de BOUG (Hrsg.), *Recueil des édits, déclarations, lettres patentes, arrêts du Conseil d'État et du Conseil souverain d'Alsace, Ordonnances & Règlements concernant cette Province*, Bd. 1, Colmar 1775, S. 106-109.

40 AMS, AA 2616, Mémoire du Magistrat pour protester contre l'exemption prétendue par les suisses avec pièces à l'appui. Représentations adressées au ministre, 1716.

41 Ibid.

42 SPACH, *Lettres écrites à la Cour*, S. 21.

geschränkte Mengen an Offiziere und Soldaten ihrer Nation verkaufen dürften.

Im Gegensatz zum Straßburger Rat differenziert der Intendant in seinem Schreiben deutlich zwischen den schweizerischen Truppen und der in Straßburg ansässigen Zivilbevölkerung schweizerischer Abstammung, die in der Stadt als Bürger oder Schirmbürger sesshaft sind. Laut d'Angervilliers besitzen die Bürger und Schirmer keinen Anspruch mehr auf die Privilegien der Schweizer Nation, da sie sich freiwillig der lokalen Rechtsordnung untergeordnet haben. Wie alle Stadtfremde hätten die Schweizer sich grundsätzlich der Rechtsouveränität des Rates unterzuordnen, sobald sie in Straßburg einen Beruf ausübten oder Handel betreiben wollten.⁴³ Somit führten, ungeachtet der Tatsache, daß die Schweizer laut den Allianzverträgen in Frankreich Handelsfreiheit genossen, die Bestrebungen des Magistrats, seine reichsstädtischen Privilegien zu bewahren, nur zu einer beschränkten Anerkennung der schweizerischen Privilegien.⁴⁴

D'Angervilliers kommt letztlich zu dem Schluß, es sei besser, keine Schweizer in die Stadt zu schicken, um möglichen Konflikten aus dem Weg zu gehen:

*„S'il était possible, après tout, qu'il ne fût point envoyé de troupes suisses dans ce département, ce seroit prévenir la peine que le nouvel établissement des cantines ne manquera pas de faire à la Ville de Strasbourg et aux autres de la province [...]“*⁴⁵

Dennoch werden ab 1719 Schweizer in Straßburg stationiert. Obwohl die Rechtslage relativ klar definiert erscheint, eskaliert vierzig Jahre später, im Jahr 1756, eine Affäre um vermeintlich illegalen Weinhandel, der von den „Schweizern“ (*portiers d'hôtels*) einiger in Straßburg ansässiger Adliger betrieben wurde. Wahrscheinlich handelt es sich bei ihnen um ehemalige, aus dem Dienst ausgeschiedene Söldner. Die Archive des *Préteur royal* in den Straßburger Stadtarchiven enthalten zahlreiche Dokumente zu dieser Angelegenheit, die bis in die 1780er Jahre strittig blieb. Die Schweizer waren Diener des Adels und des Intendanten des Elsaß, und sie beanspruchten, weil von schweizerischer Nationa-

43 Zur Schweizer Einwanderung ins Elsaß: Eberhard STRICKER, Schweizer Einwanderung ins Elsaß, *Jahrbuch des Elsass-Lothringischen Wissenschaftlichen Gesellschaft zu Straßburg* 10 (1937), S. 55-75.

44 Vgl. Bündnis der eidgenössischen Orte und ihrer Zugewandten mit der Krone Frankreich, Solothurn, 1663, 24. September, in: *Die Eidgenössischen Abschiede (1649-1680)*, vol. 6-1, 2, S. 1641-1658; hier S. 1654.

45 SPACH, *Lettres écrites à la Cour*, S. 22.

lität, von den Konsumsteuern für Wein, dem so genannten Umgeld, befreit zu sein. Sie erhoben diesen Anspruch, obwohl die Allianzverträge zwischen dem französischen König und den eidgenössischen Kantonen nur den Söldnern dieser Nation eine Steuerbefreiung für die Getränke und Lebensmittel zugestand, die von den Söldnern selbst konsumiert wurden. Die Quantitäten sollten pro Bataillon festgesetzt werden.

Trotzdem hatten sich die schweizerischen Diener in Straßburg zu Kneipen- und Gasthausbetreibern entwickelt. Sie hielten an der Interpretation fest, daß es eines Beschlusses des Staatsrats bedürfe, um mit einem zu allen Zeiten praktizierten Brauch zu brechen.⁴⁶ Der Rat war machtlos angesichts dieses Mißbrauchs, weil er weder Kontroll- noch Interventionsmöglichkeiten besaß. So durften die vom Magistrat beauftragten Patrouillen, die regelmäßig Gaststätten kontrollierten, um Verstöße gegen die Policeyordnung festzustellen, die außerhalb der Jurisdiktion des Rats liegenden Häuser nicht betreten. Tatsächlich befand sich ein großer Teil des in Straßburg ansässigen Adels, in dessen Dienst die Portiers standen, unter der Rechtshoheit der unterelsässischen Reichritterschaft (*Directoire de la noblesse de Basse Alsace*). Die königlichen Beamten gehörten zur Jurisdiktion des *Conseil souverain d'Alsace* und die Geistlichkeit unterlag der Kirchenjurisdiktion. Die einzige Interventionsmöglichkeit des Rates bestand darin, an die Ehre der Herren zu appellieren, „ihren“ Schweizern den illegalen Weinhandel zu verbieten. Auf den Erhalt seiner Rechtsautonomie bedacht, entschied sich die Dreizehner Kammer des Rats zunächst gegen eine Einbeziehung des Hofes in diesen Konflikt und beschränkte sich darauf, den Arbeitgebern der in die Angelegenheit verwickelten Diener ein Memorandum über den Mißbrauch zukommen zu lassen.⁴⁷ Die Wirkung dieser Appelle blieb bescheiden, wie aus dem folgenden Memorandum des Rats ersichtlich wird:

„M. le Prince de Lorraine [...] a été, ainsi que l'on a été instruit, mieux obeï que M. l'archevêque de Reims, dont le portier a été assez osé d'entreprendre le traitement des notres bourgeoises, et de faire servir les

46 AMS, VI 369, n° 4, Copie de la lettre de Messieurs du Magistrat de Strasbourg à Monseigneur le Prince de Montbaney, 23 octobre 1780, „[C]es défenses n'ont cependant pas été généralement respectées, sous le prétexte qu'il fallait un arrêt du conseil d'Etat, pour abolir un usage établi de tout temps, qu'une simple lettre du ministre ne pouvant faire une loi permanente, n'y suffisait pas“.

47 AMS, AA 2617, n° 4, Lettre des Messieurs du Magistrat à M. le Préteur royal au sujet de la vente du vin par les Suisses portiers, 29 janvier 1759.

*appartements vides du Prince absent pour des salles de festin et de danse, et peut-être son lit pour le lit nuptial, ce qui était intolérable“.*⁴⁸

Und weiter heißt es in dem gleichen Memorandum bezüglich der Reichweite der städtischen Policeyordnungen:

*„Les Suisses ou portiers ne sont, ou ne croient pas être sujets aux règlements de police, quoiqu'ils peuvent le prétendre mal à propos, car la police doit être une dans une ville [...]“.*⁴⁹

Obwohl der Rat sich wiederholt beschwerte und einige Verbote⁵⁰ für die Einwohner erließ, in denen der Besuch der illegalen Gaststätten strafbar gemacht wurde, konnte das Problem nicht gelöst werden. Auch die Entscheidung des Kriegministers, Duc de Choiseul, der 1766 dem Rat Recht gab und den Weinverkauf an andere als Gäste und Diener des Hauses zu verbieten versuchte, zeigte keine Wirkung.⁵¹ Daraufhin entschied sich der Rat, ein Ersuchen an den König zu senden, um einen Beschluß des Staatsrates zu erhalten. Die Argumentation des Rates stützte sich auf den Kapitulationsvertrag und das Gewohnheitsrecht:

„[L]e droit du débit de vin en détail, appelé Umgeld, est par les maximes du droit public de l'empire attaché à la supériorité territoriale: toutes les villes d'Alsace qui étaient cy devant impériales et tous les seigneurs de cette même province le perçoient avant la réunion avec la France et tout conservé depuis. La ville de Strasbourg qui tenait un rang distingué parmi lesdites villes, le possédait également. Elle y a été maintenue par l'article 5^e de la capitulation, par lequel sa majesté accor-

48 AMS, AA 2617, n° 6. Mémoire de M. Weinemer sur le débit de vin en détail qui se fait abusivement par les Suisses portiers des hôtels, 1763.

49 Ibid. Eine ähnliche Formulierung findet sich bei: Charles LOYSEAU, *Traité des seigneuries*, Chap. IX, n° 13: „car la police doit être unique et uniforme en la ville et faux bourgs tant que faire de peut, afin que la diverse manière d'y vivre n'y apporte du désordre et de la difformité“. *Les œuvres de maistre Charles Loyseau, avocat en parlement: contenant Les cinq livres du droit des offices: Les traités des seigneuries, Des ordres & simples dignitez, Du déguerpiement & délaissement par hypothèque, De la garantie des rentes, & Des abus des justices de village*, Paris, Chez Pierre Menard, 1660; zitiert nach: DURAND, *La notion de la Police*, S. 198.

50 Im Jahre 1748 und 1758: AMS, VI 721, n° 19 und X 655; sowie 1766: AA 2617, n° 7; VI 722, n° 2 und X 536.

51 AMS, VI 369, n° 1, Copie de la lettre écrite par M. le Duc de Choiseul ministre de la guerre à M. le Maréchal de Contades, le 6 janvier 1766.

da à la ville que tous les revenus, droits etc. lui seraient conservés, en toute liberté et jouissance, comme elle les avait eus jusqu'à lors".⁵²

Der Rat erklärte, daß der Gouverneur und der Festungsstab seit der Kapitulation nicht aufgehört hätten, die Einrichtung von Schankhäusern für Soldaten zu fordern. Um nicht das Einkommen zu verlieren, das die Stadt in Form des Umgelds bezog, habe der Rat daraufhin die Exklusivrechte für den Weinhandel in der Garnison und in den zwei Festungen erworben. Für dieses Monopol zahle die Stadt jährlich eine Summe von 22.600 Livres. Alle diejenigen, die im Stadtgebiet Wein verkauften, mußten nun 3 Livres pro Maß für einheimischen und 4 Livres für ausländischen Wein zahlen. Dieses Monopol des Rats werde nun durch den von den Schweizern mit Berufung auf ihren privilegierten Status praktizierten Handel in Frage gestellt.

Auch die Zunft der *cabaretiers et des aubergistes* beschwerte sich während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts häufig über die Konkurrenz durch die Schweizer Portiers. Offensichtlich waren diese Konkurrenzunternehmen sehr gut besucht, weil sie günstiger waren, als die offiziell anerkannten Gaststätten und weil sie zur Freude der Kunden nicht die vom Rat festgesetzten Öffnungszeiten respektierten. Ein einziger Schweizer scheint wegen dieses Handels vorübergehend festgenommen worden zu sein. Dies aber erst nach der ausdrücklichen Erlaubnis seines Herrn, dem Prinzen von Lothringen, der zugleich der *grand doyen* von Straßburg war.⁵³ Andere, wie der Kommandant für das Elsaß, Maréchal de Contades⁵⁴, dessen Diener ebenfalls an dem Handel beteiligt war, zeigten kein großes Interesse an der Bekämpfung dieser Praktiken.

Die Grenzen der eidgenössischen Privilegien waren jedoch bekannt. So schrieb Marquis de Ségur, Staatssekretär des Kriegministeriums, 1781 an den Maréchal de Contades :

„Si les régiments suisses sont exemptés du droit en question, c'est un privilège absolument particulier à ces corps. Les Suisses des hôtels situés à Strasbourg ne sauroient s'en prévaloir. Il est faux que le même

52 AMS, VI 369, n° 7, Copie de la lettre écrite par M.M. les préteurs, consuls et Magistrats de la ville de Strasbourg à M. de Gérard Conseiller d'État et syndic royal de la ville à Strasbourg le 18 octobre 1780.

53 AMS, AA 2617, n° 21, Lettre de l'Ammeistre Nicart à M. le Préteur royal au sujet de l'élargissement du Suisse de la grande prévôté qui avait été mis en prison, le 11 avril 1771.

54 Ludwig Georg Erasmus de Contades (1904-1793), Commandant pour le roi im Elsaß 1763-1788.

*droit doit leur appartenir en vertu des traités passés entre la France et la Nation“.*⁵⁵

Die schweizerischen Privilegien wurden 1781 vom französischen König zum letzten Mal bestätigt und um ein Jahr, bis zum 28. Mai 1782 verlängert; danach wurden sie abgeschafft. Offen bleibt die Frage, ob der illegale Weinhandel mit der Abschaffung der schweizerischen Privilegien 1782 aufgehört hat.⁵⁶ Es war jedenfalls in dem hier betrachteten Fall der Status des adligen Herren, der darüber entschied, in welcher Weise und mit welchem Erfolg der Rat intervenieren konnte. Die Schweizer wußten in Auseinandersetzungen mit den Straßburger Obrigkeiten die Möglichkeiten zu nutzen, welche das Nebeneinander von Stadregiment und königlicher Justiz und Verwaltung boten und versuchten mit Erfolg, von den Privilegien der Soldaten ihrer Nation zu profitieren.

Fazit

Der Straßburger Rat hatte seit 1681 mit einer Vielzahl von Problemen zu kämpfen, die durch die Präsenz zahlreicher Soldaten in der Stadt verursacht wurden. Die Handhabung dieser Fälle wurde nicht nur zwischen den städtischen Behörden und dem Militär entschieden, sondern es konnten auch andere Instanzen involviert werden. Der französischen Eroberung folgte ein Gerangel über Privilegien, die das städtische Monopol der Policy zunehmend in Frage stellte. Nicht zuletzt die Tatsache, daß die frühneuzeitliche Gesellschaft eine ständische Gesellschaft war, trug zur Komplexität der verschiedenen Konstellationen bei. Unterschiedlichste Akteure konnten sich der Kompetenzen- und Rechtsvielfalt in der ehemaligen Reichsstadt zu ihren Gunsten bedienen. Einerseits wußten sich die schweizerischen Portiers auf die Privilegien zu berufen, die den eidgenössischen Truppen auf Grund der Allianzverträge von der Krone genehmigt worden waren. Andererseits

55 AMS, VI 369, n° 7, Copie d'une lettre écrite par M. le marquis de Ségur à M. le Maréchal de Contades à Versailles, le 28 janvier 1781.

56 Vgl. Édit du Roi de France, donné à Versailles le 8. janvier 1781, par lequel sont fixés les privilèges des sujets du corps helvétique en France, in: Frédéric MURHARD (Hrsg.), *Nouveaux suppléments au recueil de traités et d'autres actes remarquables*, Bd. 2: 1765-1829, Göttingue 1839, S. 31-35. Die Tagsatzung und die Kantone reservierten sich das Recht, ihre Truppen jederzeit zurückzuberufen, was als Folge der Französischen Revolution im Frühling 1792 schließlich geschah. Während der Restaurationszeit 1818-30 versuchte der französische König wieder schweizerische Soldaten zu rekrutieren.

waren ihnen dabei sowohl Stadtbürger als Kunden als auch Adlige als außerhalb der städtischen Jurisdiktion stehende Beschützer durchaus behilflich.

In einem Memorandum des Intendanten des Elsaß von 1701 wird dem Rat unterstellt, er mißtraue der Krone und sei im Stande, alle Fragen zum Gegenstand endloser Diskussionen verkommen zu lassen:

*„avoir peine à croire qu’il n’a fait que changer de protecteur [...]. Sa délicatesse est grand[e] sur cela, et si on le laissait faire, toutes les affaires se tourneroient en négociation“.*⁵⁷

Im Licht der vorgestellten Beispiele erscheint es allerdings, als ob der Rat oftmals keine anderen Mittel gehabt hätte, als zu verhandeln.

⁵⁷ H. WEISGERBER (Hrsg.), *L’Alsace au tournant du XVIIIe siècle d’après un mémoire inédit de l’intendance, Revue d’Alsace*, 11 (1897), S. 433-459, und 12 (1898), S. 26-46, hier S. 34 [Memorandum von oder für den Intendanten Le Pelletier de la Houssaye].